



## Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Soziales und Senioren	05.03.2009	

Anlass:



Mitteilung der Verwaltung



Beantwortung von Anfragen  
aus früheren Sitzungen



Beantwortung einer Anfrage  
nach § 4 der Geschäftsordnung



Stellungnahme zu einem  
Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

### Bericht der Behindertenbeauftragten - 03/2009

#### Handlungskonzept Behindertenpolitik: weitere Planung

Aufgabe der Behindertenbeauftragten ist es, ein Handlungskonzept für die städtische Behindertenpolitik vorzulegen. Auch die von der Stadt im Juni 2007 unterzeichnete Erklärung von Barcelona fordert einen Aktionsplan, der die Vereinbarungen der Erklärung umsetzt. Der Ausschuss Soziales und Senioren legte in seinem Beschluss „Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Kölner Behindertenarbeit“ vom 9.8.2007 nähere Anforderungen an ein solches Gesamtkonzept fest.

In der praktischen Umsetzung dieses Auftrags musste eine Balance gefunden werden zwischen der Wahrnehmung aktueller Aufgaben und der bereits praktischen Initiierung von Maßnahmen im Sinne der Erklärung von Barcelona einerseits und der Erarbeitung eines umfassenderen mittelfristigen Konzeptes andererseits. So geriet der zeitliche Rahmen für die Konzepterstellung letztlich länger als zunächst geplant. Auch wird das Konzept thematische Lücken enthalten, die zukünftig zu füllen sein werden. Andererseits konnten durch die praktische Einbeziehung des Büros der Behindertenbeauftragten in zahlreiche städtische Aufgabenfelder während der vergangenen zwei Jahre bereits eine Reihe von Maßnahmen im Sinne der Erklärung von Barcelona umgesetzt werden.

Seit Anfang des Jahres liegt nun der Konzeptentwurf vor. Er wird am 2.3. in den Verwaltungs-Arbeitskreis Behindertenpolitik und am 19.3. in die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eingebracht. Nach Einarbeitung von Änderungen und Ergänzungen ist geplant, das Konzept im Juni dem Ausschuss Soziales und Senioren vorzulegen sowie in die weiteren, thematisch befassten Ausschüsse und in den Rat zu geben.

## **Gemeinsamer Unterricht in der Sekundarstufe**

In den vergangenen Wochen wandten sich mehrere Eltern der Gesamtschule Holweide an das Büro der Behindertenbeauftragten. Sie befürchten eine deutliche Verschlechterung der gegenwärtigen Rahmenbedingungen im Gemeinsamen Unterricht (GU) der Schule, da die Bezirksregierung eine Kürzung der zur Verfügung gestellten Lehrerstunden angekündigt hat. In der Gesamtschule würden dadurch vier Lehrerstellen wegfallen. Die Doppelbesetzung (2 Lehrer/Klasse) in gut der Hälfte des Unterrichts von GU-Klassen müsste damit weiter reduziert werden. Die Stellen sollen zukünftig Schulen zugewiesen werden, die neu mit dem GU beginnen.

Die Kürzung ist durchaus konform mit dem Erlass des Schulministeriums, denn die personelle Ausstattung der Gesamtschule ist besser, als dies der Erlass vorsieht. Die jetzige Ausstattung der Schule wird jedoch als Mindestvoraussetzung gesehen, um die individuelle Förderung und die Qualität des Gemeinsamen Unterrichts aufrecht zu erhalten, nachdem bereits vor 5 Jahren die Lehrerbüchlein um ca. 40% gekürzt worden waren. Dies führte u.a. zu einer Vergrößerung der GU-Klassen von 22 auf jetzt 26 Schüler/-innen.

Problematisch ist die jetzige Entwicklung vor allen Dingen auch für die Sekundarschulen, die neu mit dem GU beginnen und deren Lehrerstellen dann entsprechend des Erlasses festgelegt werden. Das Ziel, mehr Schulen vor allem auch im Sekundarbereich für den Gemeinsamen Unterricht zu gewinnen, wird umso schwieriger, je schlechter die personellen Rahmenbedingungen gestaltet sind. Vor dem Hintergrund des Artikel 24 der gerade in Kraft getretenen UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen wäre gerade eine deutliche Förderung des gemeinsamen Unterrichts wünschenswert.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik plant, sich auf ihrer nächsten Sitzung mit diesem Thema zu beschäftigen.

## **„Wat et nit all jitt“ – Veranstaltungsreihe zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung**

Die Broschüre zur Veranstaltungsreihe wird allen Ausschussmitgliedern in der Sitzung zur Verfügung gestellt.